

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

54. Nr. Sonntagsbeilage

Postfach Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Er erscheint wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Ämtlicher Teil 40 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm. Um jede höhere Gewalt, Krieg, Streik, Unruhen, Wechseln, Betriebsstörungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhaltung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 12.

Sonntag, den 26. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Ämtliches.

Abgabe von Krankengebäck.

Die Entnahme des Krankengebäcks durch die Geschäfte erfolgt am 29. Januar 1919 in den Warenverteilungsstellen. Die Bezugsberechtigten können das Krankengebäck in der Zeit vom 30. 1. bis 3. 2. 1919 gegen Abgabe der Brotmarken und des Stammbuchauschnittes der besonderen Bezugsmarke bei dem Geschäfte, in dem sie sich zur Kundenliste angemeldet haben, entnehmen. Nicht rechtzeitig abgeholte Mengen können gegen Brotmarken frei verkauft werden. Die eingenommenen Brotmarken sind von den Geschäften bis zum 8. Februar 1919 an die Warenverteilungsstelle — Firma C. K. Holt, Grimma — gebündelt einzuliefern. Geschäfte, die die Brotmarken nicht ordnungsgemäß und vollständig einreichen, erhalten Krankengebäck zum Verkauf nicht wieder zugewiesen.

Grimma, den 24. Januar 1919. Getr.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
J. V. Dr. v. Schwarz.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Gey. Schreiber.

Bekanntmachung.

Das Lagergeld des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz verliert am 28. Februar 1919 seine Gültigkeit.

Die Einlösung ist deshalb sofort zu veranlassen und erfolgt durch die Abteilung Gefangenekasse des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz.

Chemnitz, den 25. Januar 1919.

Die Kommandantur
des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz.

Polizeistunden-Verlängerung.

Anlässlich der Gemeindevertreter-Wahl ist die Polizeistunde für Sonntag, den 26. d. M. bis 1/2 12 Uhr nachts verlängert worden.

Naunhof, am 25. Januar 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
W. Müller. Thiemann.

Eier für Kranke.

Auf die Marke G der für Kranke gültigen Eierkarten wird vom 27. d. M. ab bei Frau Kasse, Lange Straße 62 1 G für 40 Pfg. abgegeben. Die bereits verfallenen Eierkarten für Kranke können nicht beliefert werden.

Naunhof, am 25. Januar 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
W. Müller. Thiemann.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.
Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Zentralpost 44. Geschäftszeit: 10—1 Uhr. Postfach-Nr.: 10793.

Das Wahlergebnis.

Eine reine Freude ist keiner Partei beschieden worden. Niemandes Wahne sind in den Himmel gewachsen. Aber trotzdem: ein Umschwung liegt vor, ein ganz gewaltiger, wie ihn vor einem, vor einem halben Jahre noch keiner unter uns für möglich gehalten hätte.

Er besteht in dem überwältigenden Bekenntnis zum demokratischen Gedanken, welches das deutsche Volk am 19. Januar laut und vernehmlich abgelegt hat. Von den 421 Abgeordneten, die es an diesem Tage für die Nationalversammlung gewählt hat, stehen nicht weniger als 288 mit beiden Füßen auf dem Boden der demokratischen Republik: 165 Mehrheitssozialisten, 24 Unabhängige und 77 Demokraten; von 11 Eigenbröttern, die verschiedenen kleinen Parteispitzern angehören und die besonders in Süddeutschland zu Hause sind, kann man im großen und ganzen dasselbe sagen, da es mehr wirtschaftliche Sonderanschauungen sind, die sie von den Parteiverbänden der Linken trennen. Und die rechtsstehenden Parteien, die zusammen 148 Mandate erobert haben, stehen zum mindesten mit einem Fuß auf dem gleichen Boden. Das Zentrum, aber wie es sich jetzt nennt, die christliche Volkspartei, hat sofort nach dem 9. November die republikanische Staatsform als gegebene Notwendigkeit anerkannt und den demokratischen Grundcharakter seines Wesens während des Wahlkampfes härter als je zuvor herausgearbeitet; mit seinen 88 Abgeordneten wird es als die stärkste bürgerliche Partei in Weimar aufmarschieren. Auch die deutsche Volkspartei, aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen

hervorgegangen, hat sich mit der Republik abgefunden und schon durch die Wahl ihres Namens dafür Zeugnis ablegen wollen, daß sie sich in keinen Gegenlag zum demokratischen Gedanken zu stellen gedenkt. Sie hat es zwar nur auf 19 Mandate gebracht, hatte aber auch nach dem Bruch in den eigenen Reihen mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nur die Deutschnationale Volkspartei hat ausdrücklich das Bekenntnis zur Monarchie festgehalten, und als eine demokratische Gemeinschaft wird sie sich wohl auch nicht bezeichnen wollen. Ihr sind nur 37 Mandate zugefallen, und selbst wenn man ihr für eine nähere oder fernere Zukunft bessere Wahlerfolge voraussetzen wollte, für die Gegenwart bleibt ihr nur eine sehr bescheidene Rolle zugewiesen. Sie ist die eigentliche Oppositionspartei in der Nationalversammlung, die aber das Rad der Geschichte nicht wird aufhalten können.

Wir steuern also in die demokratische Republik hinein — es ist der ausgesprochene Mehrheitswille des deutschen Volkes. Aber nicht in die sozialistische Republik. Beide Parteien der Sozialdemokratie verfügen zunächst nur über 180 Stimmen, bleiben also hinter der absoluten Mehrheit um etwa 1 1/2 Duzend Stimmen zurück. Das ist nicht viel, gewiß nicht, aber immerhin genug, um sie in ihren letzten Absichten noch eine Zeitlang aufzuhalten. Soweit die Deutsche demokratische Partei mit ihren politischen Zielen übereinstimmt, ergibt sich natürlich eine ganz auerlässige Majorität, und wir werden es sicherlich oft genug erleben, daß der Wille dieser beiden demokratischen Parteien den Gang der Entwicklung maßgebend bestimmt. Indessen, die Unabhängigen werden doch oft genug ihre eigenen Wege gehen wollen, und ob in der bürgerlichen Demokratie die ganze Fraktion als eine wirklich geschlossene innere Einheit gelten kann oder ob nicht besonders in nationalen Fragen ersten Ranges die Aktionskraft der Partei durch Schwankungen, Schattierungen, Unsicherheiten gelähmt werden wird, das sind vorläufig noch ganz unübersehbare Fragen. Jedenfalls ihre Forderung, neben der Sozialdemokratie als die eigentliche Partei des deutschen Bürgertums aufzutreten zu können, ist nicht in Erfüllung gegangen, so gewaltige Stimmengahlen sie auch fast allerorten auf ihre Listen vereinigt hat. Vielleicht ist es heute wie ehedem das Zentrum, das mit ungebrochener Kraft aus allen Stürmen der Revolution als die zweitstärkste Partei hervorgegangen ist. Mit den rechtsstehenden Parteien zusammen verfügt es so über einen festen Block von rund 150 Stimmen. Eine Minderheit, die schon an sich recht un bequem werden kann, wenn sich auch bei der endgültigen Feststellung noch Verschiebungen einzelner Mandate ergeben sollten.

Die demokratische Partei wird sich angesichts dieser Lage schwerlich von vornherein mit der Sozialdemokratie zu einer Art Schutz- und Trutzbündnis verlocken wollen, auch nicht um den Preis, dafür sowohl in der Nationalversammlung wie in der Regierung an den im Augenblick bezüglich wenig verlockenden Freuden einer „herrschenden“ Partei beteiligt zu werden. Hier hat das Zentrum einen Trumpf im Spiel, den es nicht ungenutzt unter dem Tisch lassen wird. Wir sind nun einmal nicht das Volk des Zweiparteiensystems und sind es auch durch die Revolution nicht geworden. Damit werden wir uns abfinden müssen.

Die Frauen in der Nationalversammlung.

Als gewählte Vertreter der Frauenwelt haben zu gelten von den Mehrheitssozialisten: Wilhelmine Köhler, Anna Simon, Marie Judack, Frau Kugel, Elise Höfler, Frieda Gausa, Fräulein Schröder, Frau Schuch, Frau Leich, Frau Röhl, Fräulein Bläß, Witwa Eichler, Christliche Volkspartei: Frau Grünau, Frau Reuhaus, Fräulein Schmitz, Helene Weber, Marie Bettler. Deutsche demokratische Partei: Fräulein Katharina Klotz, Fräulein Elise Koffe, Fräulein Baum, Gertrud Bäumer (zweimal gewählt). Deutschnationale Volkspartei: Fräulein Käthe Schürmacker, Anna Krauß, Anna v. Gierke. Unabhängige Sozialdemokratie: Luise Sieb, Frau Agnes, Frau Drehtler.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Schicksal der deutschen Südjap. Der australische Premierminister Hughes verlangt, daß Japan alle deutschen Südjap. Inseln nördlich des Äquators, Australien alle deutschen Inseln südlich des Äquators erhält. Er verurteilt gleichzeitig Kuffelen durch die Mitteilung an amerikanische Berichterstatter, daß er sich weigere, sich von der Friedenskonferenz in irgendeiner Frage, die Australien betreffe, den Mund klopfen zu lassen.

Die Abfindung für den früheren König von Württemberg. Die württembergische Regierung hat dem früheren König eine Jahresrente von zweimalhunderttausend Mark bewilligt, von der die Königin als Witwe 100 000 Mark erhält. Als Aufenthaltsort wurde dem früheren König Schloss Bebenhausen eingeräumt. Die von den Herzögen bewohnten Schlösser sind zum 31. März gekündigt worden und müssen bis dahin von ihren jetzigen Bewohnern verlassen werden.

Loslösungsbefreiungen in Braunschweig. In Braunschweig ist beschlossen worden, die Arbeit wieder

aufzunehmen. Auf einer in dem Braunschweiger Schloßhof abgehaltenen Versammlung wurde mitgeteilt, die Unabhängigen hätten die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen. Die Vertreter aus Rheinland und Westfalen hätten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszulösen, um zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anschluß vielerorts auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden.

Schwere Wahlfabotage in Hamburg. Die Wahl zur Nationalversammlung ist in der Stadt Hamburg in 34 von 39 Bezirken, im Landkreise und in der Stadt Dinslaken in sämtlichen 4 Bezirken, in der Bürgermeisterei Billsum in sämtlichen 4 Bezirken und in den Bezirken Brückhausen und Hänge, d. h. in insgesamt 48 Wahlbezirken gewaltsam gestört worden, so daß die Wahlhandlung nicht stattfinden und das Wahlergebnis nicht festgestellt werden konnte. Im ganzen kommen in dem ausgefallenen Stimmbezirken 8000 Wahlberechtigte in Frage.

Die Entente und Eisner. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Eisner ist die Einreise zur Wahltagung in die Pfalz verweigert worden. Anderen Politikern anderer Parteien aus dem rechtsrheinischen Bayern, die in der Pfalz die am 2. Februar stattfindenden Landtagswahlen betreiben wollen, wie Dr. Heim, wurde die Erlaubnis erteilt.

Protest gegen den 10. Stundentag im besetzten Gebiet. Das französische Oberkommando hat im Bereich der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes die Einführung des zehnständigen Arbeitstages an Stelle des bestehenden Achtstundentages befohlen. Gegen diese Maßregel hat die deutsche Arbeiterpartei eine Protestnote überreicht. Die deutsche Arbeiterpartei steht in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Forderungen der Umwälzung in Deutschland.

Rußland.

Kriegserklärung der Ukraine. Die ukrainische Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiki. Die Ukraine wird sich auf die Defensiv beschränken. Oberkommandierender ist Petljura. Täglich treffen galizische Truppenteile zur Verstärkung ein. Von der Mobilisation wird vorläufig abgesehen. Poltawa, Schitomir und Tschernigow befinden sich wieder in der Hand der ukrainischen Regierungsstruppen.

Großbritannien.

Irlands Selbständigkeit. In Irland ist man allgemein der Ansicht, daß die englischen Behörden nicht gegen die gesetzgebende Versammlung in Dublin unternehmen werden. Devalera wird wahrscheinlich zum Ministerpräsidenten gewählt werden; da er aber augenblicklich in englischer Gefangenschaft ist, wird schon Liam Neill als sein Stellvertreter aufzutreten. Die englische Regierung wird formell ersucht werden, die Armeen aus Irland zurückzuziehen. Devalera ist bekanntlich der allgemein anerkannte und geachtete Sinnfein-Führer. Von anderer englischer Seite wird behauptet, daß Irland zu einem Kronland mit selbständiger Verwaltung gemacht werden solle.

Portugal.

Die monarchische Bewegung nimmt an Umfang zu und man glaubt, daß sie die Unterstützung Englands habe. Erzking Manuel wurde in Oporto und Lissabon wieder zum König ausgerufen: er soll sich an Bord eines Kriegsschiffes in Lissabon befinden. Ferner haben 1500 royalistische Truppen aus Oporto, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und bewaffneten Bürgern, am Montag Valencia do Minho besetzt, wo die Monarchie ausgerufen wurde. Die Truppen hielten die Nationalflagge auf dem Palais des Gouverneurs, nachdem sie die republikanische Flagge heruntergerissen und auf dem Marktplatz verbrannt hatten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die verlaute, hat der Staatssekretär des Reichspostamts Müllin sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Berlin. Man glaubt, daß in der nächsten Woche hier Verhandlungen mit Polen beginnen werden.

Essen. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist beendet. Auf denjenigen Seiten, auf denen sich die Belegschaften gestern noch im Auslande befanden, ist die Arbeit wieder überall aufgenommen worden.

Wien. Für nächsten Monat ist nur mit der halben Zuckerquote zu rechnen. Die Brotquote wird in der kommenden Woche ebenfalls wieder auf die Hälfte reduziert werden.

Suhbass. In der Behandlung des Generalfeldmarschalls Radenski sind Erleichterungen eingeleitet, welche auf das Resultat der Verhandlungen in Spa zurückgeführt werden Radenski wurde u. a. auch der Briefverkehr mit seinen Angehörigen und Hindenburg gestattet.

Kopenhagen. Aber ganz Rußland wurde der Belagerungszustand verhängt. Moskau und Petersburg wurden durch Befestigungsarbeiten gesichert.

Köben. Bei den Kämpfen der Finnen gegen die Bolschewiken soll Troßki gefangen genommen worden sein.

Militär für Schlesien.

Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier.
Berlin, 23. Januar.

Auf Anregung der Regierung wird dieser Tage ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit in Westfalen beteiligt waren, nach Schlesien zum Schutz der Landesgrenze und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier abbeordert werden. Über die Streife Rynbit und Bleh ist aus militärischen Gründen, die mit der Polengefahr zusammenhängen, bereits der Belagerungszustand verhängt worden. Die Zahl der Streifenden in Oberschlesien ist angesichts der angedrohten energischen Maßnahmen der Regierung um die Hälfte, auf 20.000 Arbeiter gesunken. Auf Veranlassung des Zentralrates der RSR Oberschlesiens sind im Laufe des gestrigen Tages 28 Verhaftungen vorgenommen worden. Es handelt sich dabei um Terroristen, die den arbeitswilligen Bergleuten mit Gewalt den Eintritt verweigert haben.

Auffstände in Elßaß-Lothringen.

Rieder mit Frankreich

München, 23. Januar.

Der Ausschuß der elßaß-lothringischen Autonomistenpartei veröffentlicht, daß der Umschwung in den Reichsländern schon eingetreten ist.

So bildete sich in Mülhausen ein Demonstrationszug, meistens Arbeiter, die mit schwarz-weiß-rot-roten Fahnen durch die Stadt zogen. Sie sangen: „Deutschland, Deutschland über alles!“, „Die Wacht am Rhein“, „Ich bin ein Preuße“, zogen nach dem Rathaus und wollten die Trikolore herunterholen. Ferner erschollen Rufe: „Och Deutschland!“, „Och Preußen!“, „Rieder mit Frankreich!“

Das Militär mußte einschreiten und es wurde sogar geschossen. Die Leute, die sich einbildeten, daß ihnen durch die französische Herrschaft der Himmel voller Vogelnüsse hängen würde, sind somit bereits schwer enttäuscht und erbittert. Die wahnwitzigen Maßnahmen, welche die Franzosen getroffen haben, müssen zu einer Katastrophe führen. Für die Arbeiter und unteren und mittleren Volksschichten wird in Frankreich erwiesenermaßen sehr wenig getan.

Blutige Niederlage der Polen.

Der polnische Vormarsch zum Steben gebracht.

Bromberg, 23. Januar. (Amlich.)

Der Ort Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten, darunter der Führer ein früherer deutscher Offizierskadett, wurden sie abgewiesen. Bei den Kämpfen bei Popengarten am 20. und 21. Januar wurden noch 76 polnische Tote festgestellt.

Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen polnischen Front zum Stehen gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg festengelassen. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht mehr bedroht. Der Druck des verführten und diesmal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar. Als polnische Gegenmaßregel werden durch eine Verfügung des Obersten polnischen Volksrats sämtliche den Jahrgängen 1897, 1898, 1899 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militär zu stellen.

Sieg der Regierungstruppen in Hamburg.

Alle Gebäude wieder erobert.

Hamburg, 23. Januar.

Nachdem gestern Abend infolge der Spartakus-Unruhen der Belagerungszustand verhängt worden war, gingen die Regierungstruppen allerorten, besonders am Hauptbahnhof, energisch gegen die Aufständigen vor. Es kam zu erbitterten Gefechten, wobei die Regierungstruppen überall die Oberhand bekamen. Sie nahmen in schnellem Angriff alle wichtigen Gebäude zurück und sind jetzt völlig Herr der Lage. Ihre Verluste betragen 4 Schwere- und mehrere Leichtverletzte. Die Spartakisten verloren 2 Tote und zahlreiche Verwundete, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Der Belagerungszustand wurde wieder aufgehoben.

Friedensangebot der Entente an Rußland.

Konferenz im Marmara-Beer.

Rotterdam, 23. Januar.

Wie Reuters amtlich aus Paris meldet, wurde in der Alliierten-Konferenz ein Vorschlag des Präsidenten Wilson angenommen, die russische Regierung zu einer Friedenskonferenz einzuladen. Eine entsprechende Note ist an Rußland abgegangen.

In der Note heißt es, daß Rußlands Recht auf Selbstbestimmung anerkannt wird und weiter: Die Alliierten laden jede organisierte Gruppe ein, die in Sibirien oder innerhalb des europäischen Rußlands politisch oder militärisch ihre Herrschaft ausübt oder ausüben versucht (ausgenommen Finnland), nicht mehr als drei Vertreter für jede Gruppe nach den Prinzipien im Marmara-Beer zu senden, wo sie mit Vertretern der Alliierten zusammentreffen werden. Gleichzeitig soll zwischen den eingeladenen Parteien ein Waffenstillstand abgeschlossen werden. Es wird um eine schnelle Antwort auf diese Einladung gebeten. Die Vertreter der Entente werden am 15. Februar am bestimmten Ort eintreffen.

Bezahlung der amerikanischen Lebensmittel.

Rotterdam, 23. Jan. Nach englische:

Bezahlungen wird das erste Schiff mit Lebensmitteln für Deutschland in den nächsten Tagen hier eintreffen.

Bei den Verhandlungen in Lier ist es gelungen zu erreichen, daß uns in nächster Zeit für 30 Millionen Dollar Lebensmittel, namentlich für Getreide, Rindfleisch, füllende Mütter und einige Arbeiterkategorien überlassen werden. Bei den Verhandlungen über die weitere Versorgung Deutschlands gab die Entente die Erklärung ab, daß genügend Lebensmittel vorhanden seien, um die ganze Welt zu versorgen.

Der Vorsitzende der deutschen Lebensmittelkommission in Spa, Unterstaatssekretär Braun, wirt nun in der Öffentlichkeit die Frage der Bezahlung der Lebensmittel auf und sagt: „Es liegt also in unserer Hand, die drohende Hungersnot abzuwenden. Dazu ist erforderlich, daß wir uns durch die Ausfuhr von Rohlen, Kali und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, mit denen die Lebensmittellieferungen bezahlt werden können. Denn darüber darf man sich nach der

haltung unserer Feinde keiner Täuschung hingeben: gegen Kredit oder deutsches Geld, das bei der Fortdauer des Überwiegens der Einfuhr über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden würde, liefert uns Amerika trotz der menschenfreundlichen Grundzüge Wilsons nichts. Wir können uns die Zufuhr von Lebensmitteln nur durch angestrengte Arbeit und durch die Erzeugung von Gütern für die Ausfuhr selbst verdienen. Geschenkt oder gehorgt werden sie uns von niemand. Nur die sofortige Rückkehr zur Arbeit kann uns vor dem Verhungern retten! Streiks und Arbeitseinstellungen sind jetzt das schlimmste Verbrechen, das man an der Zukunft Deutschlands begehen kann, und ruinieren uns nicht nur finanziell, sondern führen rettungslos zur Hungersnot und damit zum Chaos.“

Erhöhung der Fleischration.

Dresden, 23. Januar. Vom 1. Februar ab wird die wöchentliche Fleischration für den Kopf der Bevölkerung durchweg auf 250 Gramm erhöht. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land wird deswegen nicht gemacht, weil es rein ländliche Bezirke in Sachsen eigentlich überhaupt nicht gibt. Gleichzeitig erfolgt ein Preisausschlag von 10 Pf. für das Pfund. Damit soll der Unterschied ausgeglichen werden, da das Geflügel, von dem erhebliche Mengen vorhanden sind, teurer ist als Fleisch. Diese Differenz beträgt ungefähr 3 1/2 Millionen Mark. 1 Million hat der Viehhändlerverband zur Verfügung gestellt, so daß noch 2 1/2 Millionen aufzubringen



Gemeindewahl Wer ist wahlberechtigt?

Alle deutschen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet und hier ihren Wohnsitz haben.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist also nur, wer sich lediglich vorübergehend hier aufhält, wie z. B. die Pflanzlinge des Erholungsheims.

Es ist nicht nötig, sächsischer Staatsangehöriger oder Raunhofer Bürger zu sein!

Wahlberechtigt sind also mit ganz wenigen Ausnahmen alle Personen, die auch zur Nationalwahl abgestimmt haben.

Niemand fehle, oder halte die Gemeindewahl für weniger wichtig! Tue jeder seine Pflicht!

Raunhofer Bürger-Ausschuß.

sind. Die Fleischversorgung wird damit auf den gleichen Stand gebracht, wie sie es vor dem Jahre 1918 lange Zeit gewesen ist. Es steht zu hoffen, daß mit der neuen Festsetzung der Fleischverbrauchsmenge den Wünschen weiterer Kreise der Bevölkerung entgegengekommen wird.

Ermöglicht worden ist die Mehrerhöhung dadurch, daß der starke Militärbedarf ganz wesentlich herabgemindert ist, der bisher mehr betrug, als die für die gesamte Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Mengen. Es ist deshalb nicht zu befürchten, daß durch den Mehreinsatz in die Viehhaltung Liefer eingegriffen werden müßte als bisher; im Gegenteil wird es sich für Sachen ermöglichen lassen, die Eingriffe in die Viehhaltung durchaus im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten der Landwirtschaft zu halten.

Die Deutsche Volkswirtschaft.

Mit Parteipolitik sind wir nachgerade überflüssig. Darum war die Verlesung am Donnerstag Abend nicht so stark bedacht wie die von voriger Woche. Wenn freilich jeder gewußt hätte, daß es ein rein sozialwissenschaftlicher, über die Parteipolitik stehender Vortrag gehalten werden sollte, dann wäre wohl mancher gekommen, der lebte und mancher gedieh, dessen entscheidende Reagier sich in föhrender rücksichtsloser Unruhe äußerte.

In seiner Begrüßung betonte der Vorsitzende, Herr Schimpf, daß der Raunhofer Bürgerausschuß einen Zusammenschluß aus allen Kreisen der Bürger darstelle, der nur für das Wohl der Gemeinde arbeiten wolle. — Der Referent des Abends, Herr Dr. C. G. S. an t h e r, sprach über das Thema: „Wie steht es um unsere Volkswirtschaft? Er führte ungefähr folgendes aus: Das soziale und gesellschaftliche Gebäude Deutschlands ist zusammengebrochen und damit auch die deutsche Volkswirtschaft aufs tiefste erschüttert worden. Wir stehen vor einem Irremergessen, und es bleibt uns nur der Versuch, aus den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen. Drei Fragen interessieren uns heute: Welches waren vor dem Kriege die Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft, was ist davon durch den Krieg vernichtet worden, und was ist für den Wiederaufbau übrig geblieben.“

1. Unsere Frage vor dem Kriege: Das deutsche Land, das deutsche Kapital und die deutsche Arbeitskraft als Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft. Der deutsche Boden ist wichtig für den Anbau, die Landwirtschaft und für den Abbau, den Bergbau. Für die Landwirtschaft ist Deutschlands Boden nicht besonders begünstigt. Und obgleich es die deutsche Landwirtschaft verleiht, aus ihm herauszuholen, was herauszuholen ist, und die Ernteträger bei uns höher sind als in irgend einem anderen Lande, so haben wir doch in diesen Kriegsjahren am eigenen Leibe gespürt, daß wir große Nahrungsmittelzufuhren aus dem Ausland brauchen. Dagegen ist der deutsche Boden mit Rohstoffen reich gesegnet, besonders mit Kohle, Eisen, Steinsalz und Kali. Gut ausgerüstet waren wir vor dem Kriege mit Kapital, das in Vorräten, Wohngebäuden, Werkstätten, Maschinen, Apparaten, öffentlichen Gebäuden, Straßen, Eisenbahnen usw. angelegt war. Als dritter ausschlaggebender Faktor die Bevölkerung. Sie war auf fast 70 Millionen angewachsen, davon über 28 Mill. erwerbstätig. Die Zunahme des Reichtums Deutschlands vor dem Kriege beruhte zum größten Teil auf der Zunahme seiner Arbeitskraft, auf seinem Fleiße. Es ist ein Irrtum, wenn viele glauben, daß das moderne Leben ungesund sei. Im Gegenteil, die Statistik beweist, daß wir heute durchschnittlich 11–12 Jahre länger leben. Das ist das sicherste Zeichen dafür, daß wir mit unrer Sozialpolitik auf dem besten Wege waren. Es war uns auch möglich zu kaufen, was auf der einen Seite fehlte, weil wir auf der anderen Seite Ueberflüsse über unsern eigenen Bedarf zur Verfügung hatten. Ueber unsere Beziehungen zum Weltmarkt geben ein paar Zahlen den besten Aufschluß, wozu wir einige herausgreifen: Deutschland kaufte im Jahre 1913 z. B. für 5000 Mill. Mark Rohstoffe und für 2780 Mill. Mark Nahrungs- und Genussmittel und verkaufte für 6400 Mill. Mark fertige Waren. Wir brauchen also die ganze Welt als Käufer und Verkäufer.

2. Unsere Verarmung durch den Krieg: Weniger Land, weniger Kapital, weniger arbeitende Menschen. Weniger Land; denn wir müssen damit rechnen, daß uns im S. W. Elßaß-Lothringen abgetrennt wird, daß im Norden ein Grenzstreifen an Dänemark fällt und daß im Osten die Polen mit ihren Ansprüchen auftreten. Besonders das letzte trifft die Landwirtschaft. Ein Fünftel des deutschen Brodtreibes und der deutschen Kartoffeln wachsen in den bedrohten Provinzen Polens, Westpreußen und Ostpreußen. Wenn es nicht gelingt, die polnischen Ansprüche zurückzudrängen, so müssen wir also mit einer Verkleinerung der landwirtschaftlichen Grundfläche Deutschlands rechnen, wobei es in steigendem Maße auf Zuschüsse von außerhalb angewiesen ist. Außerdem ist der deutsche Boden in den vier Kriegsjahren aus Mangel an Arbeitskräften und gewissen Dingen ausgezehrt worden. Die Gebietsabtrennung im Westen bedroht besonders unsere Rohstoffversorgung und damit die ganze wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. 70% unserer Eisenerze wurden in Lothringen gewonnen. Bedenklich ist auch die Abfuhr der Polen, das oberste Kohlenbecken von Deutschland abzupressen. Damit trifft es uns in den Lebensern. Die Zurückweisung der polnischen Forderungen sollte deshalb keine Parteifrage sein, sondern eine allgemeine Deutsche Frage von allerhöchster Wichtigkeit, in der sich alle einig sein müßten. Durch den Verlust des Elßaß kommen wir auch um unser Aelimonopol und müssen uns dann mit Frankreich in den Weltmarkt stellen. Das bedeutet eine Schwächung unserer handelspolitischen Stellung. Auch das deutsche Kapital ist durch den Krieg geschwächt worden; denn wir haben, fast bis zu vernichten, von ihm gelebt. Deutschland muß seine Arbeit mit einem unvollständigen und heruntergewirtschafteten Apparat aufnehmen. Endlich die deutschen Menschen. 2 Mill. sind im Kriege gefallen oder an den Folgen des Krieges gestorben. Dazu kommen die vielen Krüppel und die große Zahl derer, die ohne äußerlich veräußert zu sein, doch körperlich oder geistig durch den Krieg gelitten und ihre alte Arbeitskraft verloren haben. Man kann den gesamten Verlust an Arbeitskräften auf mindestens 3 Mill. schätzen, mehr als ein Viertel der Besten.

3. Unsere Aufgaben nach dem Kriege: Keine sozialistischen Experimente, sondern Ruhe und Ordnung und Arbeit. Unsere Parole muß nun heißen: Arbeiten und nicht verarmen! Auf unsere Arbeit kommt es an und nicht auf die Sozialisierung, auf die Produktion und nicht auf die Beschäftigung. Die Verkürzung der Arbeitszeit, so schön dieses Ziel auch ist, wird jetzt zur Unzeit angestrebt. Wir müssen gerade, um die verlorengegangenen Arbeitskräfte zu ersetzen, mehr arbeiten als früher, und wir wollen froh sein, wenn wir durch gute Organisation, durch arbeitssparende Methoden, durch Heranziehung aller bisher brachliegenden Kräfte zur Mitarbeit und nicht zum Weigern durch Herabsetzung unserer Lebensansprüche diese Mehrarbeit auf ein möglichst geringes Maß herabdrücken können. Die notwendigen Voraussetzungen dazu sind Frieden nach außen und Ruhe im Innern. Wenn wir wollen, daß unsere Landwirtschaft bald wieder Hochleistungen erziele, so dürfen wir sie nicht länger mit sozialistischen Experimenten deunruhigen. Daselbe gilt für die Industrie. Arbeitslosenunterstützung und Notstandsarbeiten dürfen nur Notbehelf sein. Wir brauchen Gegenwartsarbeit: Sofortige Steigerung der Kohlenförderung, sofortiger Bau von Lokomotiven u. Eisenbahnwagen. Organisation der Arbeit, nicht parteipolitischen Sinne, sondern als Zusammenfassung und Aufbarmachung aller im deutschen Volke vorhandenen Kräfte ist die wichtigste, die einzige Aufgabe dieser Zeit, hinter der alles andere zurücktreten muß, zu deren Lösung wir uns alle zusammenfinden müssen. Was wir am nötigsten brauchen, für unseren eigenen Bedarf und als Tauschobjekt, sind die Kohlen. Das ist jetzt unser Geld. Die Störung der Kohlenförderung durch die wilden Streiks in Oberschlesien und im Rheinland ist deshalb schlimm und ein Verbrechen am ganzen deutschen Volke. — Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Wenn wir alle unsere Kräfte aufs äußerste anspannen, dann wird uns auch der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gelingen. — Herr Schimpf sprach über die Gemeindewahlen: Wie ist die Liste entstanden? Der Bürgerausschuß, der sich aus Vertretern sämtlicher Vereine, Berufe und Stände zusammenschloß, hat in geheimer Wahl eine Auswahl unter vielen Namen getroffen, aber die nicht im ganzen, sondern einzeln abgestimmt wurde. Warum ist keine Frau auf der Liste? Alle Bemühungen waren erfolglos. Die Vorgeschlagenen haben abgelehnt. Da aber die Anwesenheit einer Frau im Gemeinderat sehr erwünscht ist, sollen in die Ausschüsse, die nicht nur aus Stadtverordneten, sondern auch aus anderen Einwohnern bestehen, Frauen zugezogen werden, soweit besondere Gebiete der Frau in Frage kommen. Wer mit einzelnen Personen aus der Liste nicht ganz zufrieden ist, der stelle seine Bedenken diesmal zur Seite. Es gilt das Wohl des großen Ganzen, und Zusammenhalten ist erste Pflicht. Das Programm enthält den einen vornehmsten Grundgedanken: Sparen! Wir wollen froh sein, wenn wir ohne zu große Erhöhung der Steuern auskommen. Soweit den Gemeinden Einfluß in Schuldingen gelassen wird, treten wir ein für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule durch die Behörde, wenn auch unter den jetzigen Umständen Rechnung tragenden Reformen. Wir wollen ein offenes Ohr für alle haben, aber wir können nichts Unmögliches versprechen. Nur das eine: Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, unsere Pflicht zum Wohle der Stadt zu erfüllen. —

Frau Solz war ich sprach noch ein paar Worte über die Deutschdemokratische Partei und leitete den Vortrag vor alle politische Tätigkeit: Durch das Volk für das Volk! — Nachdem der Vorsitzende ähnliche aufbauende Worte für später in Aussicht gestellt hatte, schloß er die Versammlung. Wgd.

Die Kandidaten der Unabhängigen

Für das Stadtparlament stellen sich uns am Freitag Abend vor. Nach einer kurzen Debatte über die Berichterstattung früherer Versammlungen erhielt Genosse Bruchardt das Wort zu dem Thema: Stadtparlamentarismus und ihre Bedeutung. Einen durchgeführten Plan hatte der Vortrag nicht, und es bleibt mir nur übrig, die Hauptsätze daraus hervorzuheben: Die Wahlen zur Nationalversammlung haben in Raunhof eine bürgerliche Mehrheit gebracht. Das liegt daran, daß ihnen eine größere wahrheitswidrige Presse zur Verfügung steht. Der Bürgerausschuß ist nur Vertreter der bürgerlichen Parteien und keine Kandidaten werden deshalb die unwürdigen vorrevolutionären Zustände im Stadtparlament wieder aufleben lassen wollen. Wir aber treten ein für eine Steuerpolitik, die denen die Lasten aufbürdet, die sie verschuldet haben, also den Bürgerlichen. Das Klassenwohlfahrt hat es bisher verhindert, daß Vertreter der Arbeiterklasse eine ausschlaggebende Stimme hätten. Die Hausbesitzer hatten ein zu großes Recht gegenüber den Mietern. Die bürgerliche Gesellschaft war nicht für das Frauenwahlrecht, wohl aber für die Frauenarbeit, siehe Hilfsdienstgesetz! Die Nahrungsmittel, die wir so dringend nötig hatten, wurden noch in letzter Stunde an die Front gebracht und gingen verloren. In der Heimat aber wurden den Arbeitern Stadtscheine gegeben, die sie auf dem Lande nicht los wurden und wußte sie sich also keine Nahrungsmittel kaufen konnten. — Es werden von der Regierung bürgerliche Gesetze geschaffen werden, die von Stadt- und Dorfgemeinden auszuführen sind. Dann zeigt euch stark genug, ihnen zu trotzen! Der Arbeitsmangel ist ein Hindernis auf das Proletariat, denn wir wollen ja arbeiten. Aber die Unternehmer treiben Sabotage, wollen nicht produzieren, sondern ihre Betriebe möglichst rasch loswerden. Darum muß alles, was dafür reif ist, sozialisiert werden.

Auch die Kohlennot wird nicht eher behoben sein, als bis die Bergwerke in die Hände des Staates übergegangen sind. Aber nur die Enteignung der Produktionsmittel wird von uns gefordert, alles andere Eigentum bleibt unangefast. Es muß ein Schuldsystem geschaffen werden, indem die einzelne Versorgung der Reichen ausgeschlossen und allen Kindern eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung gewährleistet wird. Der Kapitalismus führt zu wirtschaftlicher Ungleichheit und damit zu politischer Unfreiheit. — In der Sozialpolitik muß die Tätigkeit der Gemeinde einleiten. Es müssen Kleinwohnungen ohne Märgergewinn für den Unternehmer gebaut werden. Sonst werden wir auch nach dem Grund und Boden enteignet. Wenn einer für die Allgemeinheit arbeitet, so muß ihn auch die Allgemeinheit unterstützen. Darum wählt die Liste Schaffner! — Großer Beifall folgte dem Vortrag, der in erhebendem Pathos ausklang. Eine Aussprache dazu erfolgte nicht.

Ueber die Mängel des alten und die Ziele des neuen Stadtparlaments sagte ein lebhafter Gedankenaustausch ein. Herr Ad n i g:

Das Programm Sparlankrit. 2 und an Wohnort machen. 500 000 Mk. No einer Straße, die wohnungslos, 2 können. Des 7 den persönlichen Plan für Klein entschlossen aus mah der Schule Herr S o d e

Veipja, die uns Schuld der früh hätte für die 9 Denn für Schul merkt der reich worden werden über die Besor oerachtlich Ge Gemeindevorte nicht ausgenüß des Arbeiterrates der Abflimmung und haben dabei zeigt. Herr Kr sol. Herr O d e gung durch da 4/4 Jahren gew ihm mit gleich die Bitte des jor Vorstehende die

Sächsisch

Sonnenuntergang
1851 Rom
Unterzeichnung
Königstrog.

o Einschra postendungen sekretärs des h machung die währten Borte 31. Januar ar sich noch im b gerichteten Se Feldpostortsch bringend, nebe land, Litauen Empfänger sic Beförderung Deeres und de stehenden Vor

Die Wal nelen findet n von 9–5 Uhr durchschnitlich zur Verfügung sich schneller a wird daher dr zu kommen, u mittagsstunden Die Kon Parteien hat t Wahltechnik n Wer eine Auf schon gewählt seite. Wei de Wahlakt absp zwischen Ausse vergeht, lassen nicht vermeiden

— Sm S Gerichtsloge ab ter am 27. Febr 9. Oktober und Orte Albrechtsh hain, Klinga, A Thema. — 3. April, 22. N November für b meret, Kleinfr

— Naun die Sch ä h e n p Wdand angelegt Weißblöße gefol Pflicht auferlegt auch an dieser E — Naun Gaud li h S ä n m mal wieder sehr sorgenlos Stun trefflichen Säng lungen kommen zweife für den 2

— Nach S gember 1899 un betr. Venderung Telegraphengebä gabe, vom 21. sich die Pausch Drisfernsprech

120 A auf I meder ihre Anl Gebührenerhöhu vom 1. April a mit Reichssofobg bühren, für jed Gepräde jährli bei dem Postan abgeben haben hßhten Pausche

U. — Grif sind und im B korps wohnen,

weniger Land, weniger Land; ...

Das Programm des Bürgerausschusses enthält den Wunsch der Sparpolitik. ...

Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 25. Januar. ...

Die Einschränkung der Vorkostenleistungen für Feldpostsendungen. ...

Stadtverordnetenwahl.

Die Wahl der neu zu wählenden 9 Stadtverordneten findet morgen Sonntag, den 26. ds., in der Zeit von 9-5 Uhr statt. ...

Im Jahre 1919 sollen, wenn ein Bedürfnis vorliegt, Gerichtstage abgehalten werden. ...

Naunhof. Zu erster Beratung tritt nächsten Montag die Schühengemeinschaft zusammen. ...

Naunhof. Im Rathshaus treten morgen Sonntag die Gaudli-Sänger wieder auf. ...

Nach § 2 der Fernsprechtarifenordnung vom 20. Dezember 1899 und des unter dem 26. Juli 1918 erlassenen Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 577), erhöht sich die Pauschalgebühr einstufig. ...

U. - Helferinnen, die aus der Kasse zurückgehört sind und im Bereiche des Generalkommandos XIX. Armeekorps wohnen, haben sich wegen einwogiger rückständiger For-

derungen schriftlich an die Kriegsamstelle Leipzig, Kaiser-Frauen, Ackerlingsberg Nr. 4, die für die Erledigung derartigen Fälle allein zuständig ist, zu wenden.

U. - Neue Ausweise für die Rohstoff-Revisoren. Nachdem die Rohstoff-Revisoren der Kriegsamstelle Leipzig mit neuen Ausweisen und zwar mit solchen von roter Farbe versehen worden sind, sind für den Bereich des XIX. Armeekorps die bisherigen grünen Ausweise sämtlich für ungültig erklärt worden.

U. - Auf Verfügung des Ministeriums für Militärwesen werden Verfehlungen von arbeitsverwendungs-fähigen Pferden bis auf weiteres ausgeföhrt.

U. - Die Sächsische Staatsbahnverwaltung wird zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit demnächst 3000 Güterwagen in der Weise in Auftrag geben, daß sich die Einzelbetriebe um die Herstellung der für sie in Frage kommenden Einzeileiche bewerben können. ...

Achtung! Stimmzettel!

Der heutigen Nummer der Nachrichten für Naunhof liegen 3 Stimmzettel des

Naunhofer Bürger-Ausschusses Liste Kühne

für die Stadtverordnetenwahl bei. Weitere Stimmzettel sind im Wahllokal (Schule) zu haben.

für Demobilisierung empfohlen, bei den genannten Stellen nähere Auskunft persönlich einzuholen.

U. - M. - M. Nach der Bekanntmachung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 29. 12. hat sich der Erzeugerpreis für den Zentner Tafeläpfel und Tafelbirnen vom 1. Januar 1919 ab um einen Aufwahrungszuschlag von 2. - Mk. erhöht, jedoch er im Januar 46. - Mk. beträgt.

M. 3. Das Reichsarbeitsamt hat bekannt gegeben, daß die Bundesratsverordnung vom 15. Febr. 1917 über die Regelung der Wohlfahrtspflege während des Krieges nicht außer Kraft getreten ist. ...

M. 3. Der Porzellanfabrik Fraureuth b. Werdau ist Erlaubnis zum Vertrieb von Porzellan-Ziergegenständen in Sachsen zu Gunsten des sächsischen Landesauschusses der Nationalstiftung (Stiftung Selbstdank) nicht erteilt worden.

Die Militärverordnungsgebühren sind bei den Postanstalten pünktlich abzugeben. Wer hierzu am Fälligkeitstage nicht in der Lage sein sollte, hat die Beträge wenigstens noch im Fälligkeitstage abzugeben. ...

Die sächsische Regierung zur Frage des Kleinwohnungsbaues. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindebundes hat an die sächsische Staatsregierung den Antrag gestellt, der Bayerischen Regierung zu folgen und zu dem beim Klein- und Mittelwohnungsbaue entfallenden verlorenen Bauaufwand statt, wie bisher beabsichtigt, nur 25 v. H. 33 1/3 v. H. auf Staatskosten zu übernehmen, ...

Zahn-Atelier Carl Schumann Kaiser Wilhelmstr. 5. Täglich Sprechstunde von 9 bis 12 Uhr

Für Kriegsgeliebte! Kleine Wohnung Solange Vorrat reicht Wohnungseinrichtungen von Mk. 1980 an, bestehend aus Schrank mit jener Verglasung, poliert. ...

Ein gebrauchter Kleiderschrank, sowie Nähmaschinenkasten zu kaufen gesucht. Zu erf. in der Expedition ds. Blattes.

Möbelhaus Große, Leipzig, Windmühlenstr. 25 I. Tel. 16670. Auch groß. Auswahl in Speise- u. Herrenzimmer, sowie einzelne Möbel.

Anlage gebe. Ob bei besonders ungünstiger wirtschaftlicher und finanzieller Lage einzelner Gemeinden ausnahmsweise eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zum Kleinwohnungsbau zu gewähren ist, behält sich das Ministerium von Fall zu Fall vor.

Die Lebensmittelverteilung muß mindestens noch bis zur neuen Ernte beibehalten werden. Der allmähliche Abbau kann erst ins Auge gefaßt werden, wenn sich übersehen läßt, welche Mengen das Ausland uns liefern wird. ...

Der Postverkehr nach den besetzten Gebieten. Folgende Erleichterungen für den Postverkehr aus dem unbefetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten sind eingetreten: a) nach der amerikanischen Besatzungszone sind gestattet außer Briefen an Kriegsgefangene verschlossene Briefe in dringenden persönlichen und in allen Geschäfts-, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Zeitungen, Drucksachen, Postanweisungen und Wertbriefe, b) nach der französischen Besatzungszone (ausgenommen Elbe-Verdrängung) sind Pakete mit Lebensmitteln ohne anderen Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt-Wiesbaden zugelassen worden, c) nach der Rheinpfalz sind auch Wert- und gewöhnliche Pakete und Wertbriefe wieder zugelassen worden. ...

Freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen. Zur leichteren Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit sind auf den sächsischen, preussisch-schlesischen und oldenburgischen Staatsbahnen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, die infolge des Herstellungsverbots für Baumwollstoffe arbeitslos geworden sind, bei der ersten Reise von ihrem bisherigen Wohnort nach der neuen Arbeitsstätte in die Heimat in 4. Klasse (auf Strecken ohne 4. Klasse in 3. Klasse) unentgeltlich befördert worden. ...

Grethen. Am Montag nachmittag ist der Jagdbaufer von dem hiesigen Jagdrevier von Wilderern beschossen worden. Der Ausseher hat in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch gemacht und einen der Wilderer, den Arbeiter Baumann aus Großleinberg, durch Bauchschuß verletzt. ...

Grimma. Bürgermeister Lobeck hat dem Stadtrat sein Entlassungsgesuch für 1. Oktober eingereicht, das genehmigt worden ist. Er hat 45 Jahre lang der Stadt treu gedient. Mit einem Ruhegehalt von 8000 Mark wird er am 1. Oktober d. J. pensioniert.

Leipzig. Ein Opfer der Gasperre. An einem der letzten Tage ist in Leipzig ein Mann dadurch ums Leben gekommen, daß er den Gasbahn, nachdem das Gas infolge der Sperre erloschen war, nicht geschlossen hatte. ...

Aus den Verlustlisten. Auszug für Naunhof und Umgegend. Verlustliste Nr. 575. Soldat Alwin Odt, Klinge, l. v. ...

Spielplan der Leipziger Theater. Neues Theater. Sonntag 6 Uhr: 'Der Prinz von Hildesheim'. ...

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G. Bisher abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 430 Millionen Mark. Die beträchtlichen Überschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute. ...

Mädchenge such. Für ein gutes Haus in einem Vorort Leipzigs wird zu sofortigem Antritt ein l. Kochen bewandertes, junges Mädchen aus besserer Familie bei hohem Lohn gesucht, welches auch etwas Hausarbeit zu übernehmen hat. ...

Großer Spiegel und eine Hobelbank und eine Kleiderkammer zu verkaufen. Grimmoerstr. 14.

Aufruf an die Wähler und Wählerinnen zur Stadtverordnetenwahl!

Von großer Bedeutung ist für jeden einzelnen die Gemeinderatswahl.

Wollen Sie, daß Ihre Interessen in weitgehendster Form vertreten werden, ob reich ob arm, ganz gleich, so müssen Sie Vertreter wählen, die vor nichts zurückschrecken, die in gerader, offener Form jeder Interessenwirtschaft entgegenzutreten und jederzeit ein freies offenes Wort reden. Die Gewähr ist Ihnen gegeben, indem Sie morgen

Sonntag, den 26. Januar für die Liste **Scheffler** eintreten.

Darum **„Auf zur Wahl!“**

jeder tue seine Pflicht, keiner fehle.

Ortsverein Naunhof.

Naunhof :: :: Ratskeller.

Sonntag, den 26. Januar

Gastspiel der beliebten

Gaudlitz-Sänger

Unter anderem: Die urkom. Posse

Lachen! Vater Geisbart als Aktionär! **Lachen!**

oder **Platz da Petroleum !!**

Urkomisches Duett **Der Rabenvater.** Gaudlitz und Frau. und der lustige Schwank

Das verhängnisvolle Hochzeitsgeschenk.

Nachmittags 3 Uhr **Kinder- und Familienvorstellung.**

Unter anderem: Auf Wunsch das prächtige Lebensbild **Weihnachtsfrieden.** I. Platz 50 Pfg. II. Platz 40 Pfg.

Abends **8 Uhr das neue Schlagerprogramm.** Einlass 1/7 Uhr. Vorverk. 60 Pfg. Kasse 80 Pfg. Numeriert 1,- Mk. Es laden freundlichst ein **Wirt u. Direktion.**

Nicht der Parteistandpunkt, sondern persönliche Sachkenntnis und Erfahrung sollen maßgebend sein in Gemeinbedingen. Nach diesen Grundsätzen ist die Liste des Naunhofer Bürger-Ausschusses aufgestellt.

Darum: Wählt Liste Kühne!

Ein mittlerer **Kastenwagen,** 30 bis 35 Jtr. Tragkraft, zu kaufen gesucht. **A. Arnhold, Rauchwarenfärberei.**

Möbl. Zimmer

mit 2-3 Betten und Küchenmitbenutzung sofort auf Wochen zu mieten gesucht. Angebote mit Preis unter „F. L. 20“ Leipzig Hauptpostlagernd erbeten.

Eiserner Sparkochherd

durch mich billig zu verkaufen. **Moritz Oehmichen.**

1 Zimmerfahrstuhl f. Kranke
1 Liegestuhl mit Stickerel
1 Kleiderständer
1 Fleischwolf
1 Vogelbauer u. versch. W. zu verkaufen
Kaiser Wilhelmstr. 11.

In unserer heutigen Nummer liegt ein Flugblatt des Leipziger Bürger-Ausschusses „Brennende Tagesfragen — 8“ bei.

Wachstuch Läuferstoff u. Abtreter

empfehlen zu billigsten Preisen **H. Reifgerste, Naunhof.**

Musik-Institut

Adolf Neuhaus. Unterricht für Kinder und Erwachsene. In Klavier, Violin, Harmoniumspiel u. allen Fächern der Musikwissenschaft.

Rachelofen

mit 2 großen Kochmaschinen u. Wasserpfanne (passend f. Wandwirtschaft) sowie ein grob. eiserne.

Regulierofen

(für Tanzsaal) ist zu verkaufen.

Reifgerste **Naunhof.** Transportabler eiserner

Kessel

zu kaufen gesucht. Angebote unt. „Kessel“ an die Exp. ds. Bl.

Freie Turnerschaft Naunhof (M. d. A.-T.-B.)

Die **Generalversammlung** findet nicht heute, sondern Dienstag, den 28. Jan. im Rest. „Herberge z Helmat“ statt. **Der Vorstand.**

Tabakspfeifen bestes Holz mit Hornmundstück neu eingetroffen. **Herm. Reifgerste Naunhof.**

Karbid Karbidischlampen **Wand- Hänge- u. Sturmlampen.** Verschiedene Preise, **prima Taschenlampen.** :: **Batterien** :: **Müller, Langestr. 21.** Dasselbst wird ein **Lehrling** gesucht.

Hugo Luckners Färberei und chem. Waschanstalt. Annahmestelle in Naunhof Gartenstr. 5 bei **Julius Winkler.**

Garten

600 m an der Straße von Naunhof nach Erdmannshain mit Gartenhaus u. Schuppen, eventl. mit darangrenz. Feld, zu verpachten od. zu verkauf. **Wurzenerstr. 2), parl.**

Vertretung einer allerersten Versicherungs-gesellschaft an rührigen und gut eingeführten Kaufmann zu vergeben. Angeb. mit Angabe bisheriger Tätigkeit sowie Empfehlungen :: unter R. S. 5088 an :: **Rudolf Wollje, Leipzig.**

Bürger und Bürgerinnen!

Niemand versäume, morgen sein Wahlrecht auszuüben!

Die Entscheidung steht auf des Messers Schneide! Nur durch vollzähliges Erscheinen aller Wahlberechtigten können wir hoffen, den Sieg zu erringen.

Alle persönlichen Empfindlichkeiten müssen diesmal zurücktreten zum Wohle des großen Ganzen.

Darum tretet geschlossen ein für die Liste des Naunhofer Bürger-Ausschusses; Liste **Kühne.**

Bürger heraus!

Gasthof Köhrra

== Sonntag, den 26. Januar ==

:-: **Grosse Ballmusik** :-:

==== Beginn 4 Uhr. ==== **M. Fritzsche.**

Vereinigung der Kriegsteilnehmer

in Naunhof und Umgegend. **Russchussitzung** 28. Januar abends 8 Uhr **Bürgergarten.**

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Wollt Ihr, daß in der Schule der Religionsunterricht fortbestehen bleibt? Wollt Ihr, daß Euern Kindern eine christliche Erziehung zuteil wird? Dann wählt am 26. Januar die Liste des

Bürger-Ausschusses

Dann wählt die Liste **Kühne.**

Arbeitgeber

berücksichtigt die **Kriegsteilnehmer!**

Holz- u. Gart-Pantoffeln sowie **Holzschuhe** billigst bei **H. Reifgerste, Naunhof.**

Sächsische Altersrentenbank. Zur Erwerbung von Renten können 5% Deutsche Kriegsanleihe in Zahlung gegeben werden. Geschäftsstelle **Kurt Wendler.**

Malerarbeiten, Tapezieren usw.

werden prompt und preiswert ausgeführt und bitte ich bei Bedarf um gütige Berücksichtigung.

Albin Ott, :: :: :: Naunhof, Gartenstraße 27.

Als zeitgemäß ernsten und vornehmen Lesestoff empfehlen wir :: **unsern Buch-Roman**



Ein In der Ausführung...
Als ich heimliche Revolutionen...
Polo im Sa...
etwa vier...
nisse wie...
Silber.
Deutsch...
und sein...
kulturzeug...
Welle. Zule...
bei dem ge...
Löhnen hoch...
fahren, weil...
als Deutsche...
Lebensnotwe...
Ruhlan...
einmal für...
als Deutsche...
Bieh um...
land das un...
Selbst...
Haatlung...
keine Werte...
Kobstoffen...
Nordfrankre...
Im Sa...
Mark Baum...
Wert der...
gelunken, un...
die Diebne...
Rader komm...
haben, wird...
Wg. Wenn...
selbe Menge...
Mißlorbe er...
zustoff wer...
müssen. Das...
Ein Anzug...
künftig auf...
wegen des...
den jede...
säuscht sich...
Markkurs...
die Verteuer...
die gemalt...
gen werden...
so viel wert...
Grenzen. G...
in Deutschl...
Tegillwaren...
Waren nicht...
ein Minimum...
menge für die...
kosten.
Und es...
die Sparta...
meller treibe...
haben will, w...
in Deutschl...
nur wieder...
die das ungl...
kaltgestellt w...

Ein Rechenexempel zur Beachtung für die Arbeiter.

In der Zeitschrift „Die Post“ finden sich folgende beachtenswerte Ausführungen eines deutschen Auslandskaufmanns:

Als im Jahre 1880 nach der Republik Kolumbien kam, wertete der einheimische Dollar, Peso genannt, etwa 4,20 Mark. Durch die vielen Revolutionen und die endlose Ausgabe von Staatsbanknoten fiel der Peso im Jahre 1903 auf etwa einen halben Pfennig, und er ist jetzt etwa vier Pfennig wert. Dabei exportiert Kolumbien Bodenerzeugnisse wie Tabak, Kaffee, Rinderhäute, Holz, Smaragden, Gold und Silber.

Deutschland hat an Bodenprodukten nur Kohl und Steinkohlen, und sein Nationalvermögen vermehrt sich durch die Ausfuhr von Industrieprodukten, welche aus ausländischem Material, wie Baumwolle, Wolle, Zute, usw. hergestellt wurden. Müssen wir diese Produkte bei dem gesunkenen Kurs der Reichsmark und bei unerschwinglichen Löhnen hoch bezahlen, dann können wir überhaupt nicht wieder ausführen, weil das Ausland, trotz hoher Löhne billiger anbieten kann, als Deutschland. Außerdem muß Deutschland erst wieder selber mit Lebensnotwendigkeiten, wie Anzüge, Wäsche usw. versorgt werden.

Rußland ist ein reiner Agrarstaat. Seine Industrie genügt nicht einmal für das eigene Land. Rußland erhält sich daher weit schneller als Deutschland, weil es eigene Bodenprodukte, wie Getreide, Butter, Vieh usw. exportieren kann. Unter denselben Umständen ist Deutschland das unglücklichste Land der ganzen Welt.

Selbst ein Kommunismus auf breiter Grundlage, wie Verstaatlichung sämtlicher Fabriken, Gruben, des Landbestandes usw., schafft keine Werte des Austausches mit dem Ausland zur Einfuhr von Rohstoffen. Dazu treten die Unkosten für Wiederherstellung Belgiens, Nordfrankreichs und einer unerschwinglichen Kriegskontribution.

Im Jahre 1913 führte Deutschland für rund 600 Millionen Mark Baumwolle und für fast 400 Millionen Mark Wolle ein. Der Wert der Mark im Ausland ist inzwischen auf etwa 40 Pfennige gesunken, und wenn die revolutionären Zustände andauern, und die Viehdiebstahlgruppe und die ihr verwandten Unabhängigen aus Rußland kommen, die von volkswirtschaftlichen Gesetzen keine Ahnung haben, wird der Wert immer weiter herabgehen bis auf 20 und 10 Pf. Wenn der Wert der Mark nur auf 20 Pf. sinkt, kostet dieselbe Menge Baumwolle und Wolle, die wir 1912 für rund eine Milliarde erhielten, bereits 5 Milliarden Mark. Das heißt, den Auszubehälter werden wir fünfmal so teuer als vor dem Kriege bezahlen müssen. Dazu kommen dann noch die gewaltig gestiegenen Löhne. Ein Anzug, der vor dem Kriege 100 Mark kostete, stellt sich demnach häufig auf etwa 800 bis 900 Mark. Das das Ausland ihn — wegen des gesunkenen Markkurses — für 180 Mark kaufen kann, denn jede Mark ist dort ja nur 20 Pf. wert, ist richtig. Aber man täuscht sich doch ganz gewaltig, wenn man glaubt, daß der niedrige Markkurs als Ausfuhrprämie wirken würde. Das Ausland wird die Verteuerung der Waren nicht mitmachen, die in Deutschland durch die gewaltige Aufblähung des Geldes und seine Entwertung erzwungen werden wird. Wenn der Schilling in England häufig fünfmal so viel wert ist als die Mark, hält sich der Arbeitslohn in normalen Grenzen. Er wird nicht fünfmal, sondern zehnmal niedriger sein als in Deutschland. Und auf allen Auslandsmärkten müssen englische Textilwaren wohlfeiler sein als die deutschen. Deutschland wird Textilwaren nicht ausführen können; sein Export wird überhaupt auf ein Minimum beschränkt sein. Dafür wird aber dieselbe Einfuhrmenge für die wir 1913 zehn Milliarden Mark zahlten, 50 Milliarden kosten.

Und es wird reihend bergab gehen, um so reihender, je mehr die Spartakus und ihr Anhang ihre Radikal-Politik der Straße weiter treiben. Oder glaubt man ernstlich, daß das Ausland uns haben will, wenn der Irrsinn, der Unversand, der Vernichtungshölle in Deutschland die Herrschaft an sich reißen wollen? Wir können nur wieder Kredit bekommen, wenn Rußland und wenn die Leute, die das unglückliche Land immer nicht zur Ruhe kommen lassen, kaltgestellt werden.

Das Grab unserer Industrie.

Rohlennot und Streiks.

Die Krise, in der sich unser gelantes Wirtschaftsleben nun schon seit Wochen windet, darf nicht länger andauern, sonst ist es endgültig vorbei und niemand kann ihm wieder auf die Beine helfen. Unser ganzes künftiges Sein ist einfach in Frage gestellt, wenn sich jeder und alle bloß vom Augenblick leiten und die Warnung der Volksbeauftragten unbeachtet lassen, daß Revolution nicht Lohnbewegung ist. Bei dem bisherigen Tempo von Streiks und Lohnforderungen hat es die Regierung schon gar nicht mehr nötig, sich mit Sozialisierungsplänen sowie Kriegszug und Kapitalsteuer zu beschäftigen, denn in wenigen Monaten ist überhaupt nichts mehr zu sozialisieren und einzuzahlen da. Betriebskapitalisten, Reserve- und Aktienbesitzer sind dann aufgegeben, und wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren. Dazu werden wir dann einen Rohlennot erleben, wie er in der Welt noch nicht dagewesen ist und auch die glückliche Erinnerung des Achtstundentages geht dahin und wird uns nur noch eine traumhaft schöne Erinnerung sein, von der es heißt: Es war einmal...

Unächst die Streiks. Sie bringen naturgemäß Lohn-erhöhung; Folge: Preistuerung. Diese bedingt eine weitere Lohn-erhöhung und diese wieder eine Entwertung des Geldes, die im Quadrate der Schnelligkeit wächst, mit der die Rotenpressen laufen. Die große Reichsdruckerei kann es schon nicht mehr leisten und man hat zur „Weld-fabrikation“ Privatbetriebe herangezogen. Der Ausweis der Reichsbank stellt sich als eine trostlose Wüste dar und von Golddeckung der Roten kann kaum noch die Rede sein. Die deutsche Mark ist im Ausland 30 Pfennige wert. Wie und womit sollen wir da im Auslande Lebens-mittel und Rohstoffe einkaufen? Oder denken leicht-gläubige Leute, die Entente schenkt uns die Lebensmittel? Siehe Wien, wo ein Brot aus amerikanischem Getreide die Reinigkeit von 6%, Kronen kostet. Also müssen wir produzieren und nach dem Ausland exportieren, um auf diese Weise zu zahlen. Damit ist es aber auch nichts, weil unsere Gefechtskosten deartlich hoch sind, daß wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren können. Unsere Gegner bieten die gleichen Waren 30 bis 40 % billiger an und wir dürfen aufgeben, wie sie ihr Geschäft machen. Wir leben eben nicht allein auf der Welt und müssen uns in Zukunft noch der Decke strecken und die wird nicht hoch sein.

Das Schlimmste ist indessen die Rohlennot. Wir sind mit Rohlenhöfen reich gesegnet und in der Lage, beliebig viel davon exportieren zu können, leiden aber zurzeit dank der Streiks und Lohnbewegungen an einer Rohlennot, wie sie noch nicht da war. Sehr treffend nennt denn auch der Vorwärts die Rohlennot den Tod für unsere Industrie und knüpft daran folgende Warnung: „Unser ganzes Wirtschaftsleben hat derzeit gelitten, daß der völlige Stillstand droht. Wenn es nicht möglich ist, in nächster Zeit die Leistungen aller wirtschaftlich wichtigen Betriebe

auf ein Vielfaches der jetzigen Unproduktivität zu bringen, werden in Deutschland Millionen Menschen elend zugrunde gehen.“

Auch die Sozialistische Korrespondenz erhebt ihre warnende Stimme und sagt:

„Die Regierung würde ihre Pflicht veräumen, wenn sie nicht mit der größten Energie gegen diese Zustände einschritte. Die fortgesetzten Lohnforderungen schaden niemandem mehr als den Arbeitern, denn sie vergrößern fortwährend die Arbeitslosigkeit und machen schließlich die Fortführung der Produktion überhaupt unmöglich. Gemeinwirtschaft ist un-denkbar, wenn jede lebenswichtige Arbeiterkategorie in jedem Augenblick die Großen bedrängen kann. Die Reichs-regierung ist in die ernste Beratung dieser Fragen ein-getreten. Sie wird sich zweifellos davon überzeugen müssen, daß Arbeitlosenunterstützung ohne härteste Kontrolle und Pflicht zur Annahme angemessener Arbeit unmöglich ist und daß Löhne und Preise behördlich zwingend geregelt werden müssen, wenn die Weiterführung der Wirtschaft überhaupt möglich sein soll.“

Die notwendigen Maßnahmen werden unpopulär sein. Aber es geht jetzt nicht um den Wählerlohn, sondern um das Leben. Wenn die sozialistische Regierung die deutsche Volkswirtschaft in denselben Zustand herabstürzt läßt, in den unter der Regierung Kerenski die russische Wirtschaft geriet, die schließlich von den Bolschewiki ganz vernichtet wurde, dann hat der Sozialismus in Deutschland für ablebbare Zeit ausgelebt.“

Das Reichskabinett hat sich denn auch bereits eingehend mit diesen Lebensfragen beschäftigt, ebenso wie mit der Arbeitslosenangelegenheit. Vorläufig scheint man aber nur beschließen zu haben, daß die unter Scheidemann stehende Abteilung zur Heimatklärung eine härtere Propaganda entlassen solle, um die Arbeitslosen zur Abwanderung von Berlin und zum Aufsuchen der Arbeits-gelegenheiten auf dem Lande zu veranlassen.

Berliner Feuer- und Lichtnot.

A. Berlin, 23. Januar.

Nachdem die Reichshauptstadt — noch ist sie es ja, wenn auch die Nationalversammlung bereits nach Weimar auswandern will — nachdem also Berlin über einen Tag lang unter allen Schreien des Elektrizitätsarbeiterstreiks gelitten hat, wird ihm heute eine Atempause zur Erholung gönnend. Der Streik der Elektrizitätsarbeiter ist beendet, auf Grund einer Einigung vor dem Gewerbe-gericht erhalten die Arbeiter rückwirkend vom 15. Januar ab Stundenlöhne von 2,65 bis 1,80 Mark bezah, außerdem wird in entsprechender Weise Sommerurlaub gewährt. Die Vereinbarung gilt bis zum 15. April d. J., dann soll ein Tarifvertrag in Kraft treten.

Da die Arbeit sofort wieder aufgenommen wurde, breiten die Lampen wieder, die elektrische Straßenbahn fängt ihre Passagiere wie vorher durch die Straßen und dieser Schreck ist — einwirken — vorbei. Aber neue Überraschungen lauern bereits an. Von übermorgen ab werden Gasperkussionen für Groß-Berlin eingeführt. In der Zeit zwischen 8^{1/2} bis 11 Uhr morgens und 2 bis 5^{1/2} Uhr nachmittags wird die Gaszuführung eingestellt. Welche enormen Schwierigkeiten und Schädigungen das private und wirtschaftliche Leben der Millionenstadt durch diese Maßregel erleiden muß, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Man denke nur an die ungeheuren Massen von Arbeitern und Angestellten, die nur zu bestimmten Stunden ihr Gas (in Ermangelung von anderen Ein-richtungen und Feuerungsmitteln) hergestelltes warmes Essen verzehren können, an die zahlreichen gewerblichen Unternehmungen, die mit Gasbetriebsanlagen arbeiten, an die Restaurants- und Wirtschaftsbetriebe, durch deren Einschränkung ungezählte Existenzen beeinträchtigt werden. Die Polizeistunde für Gastwirtschaften wird auf 1/10 Uhr abends gelegt, Theater, Sirkus, Kinos, Konzerte erfahren gleichfalls Einschränkung. Straßen- und Untergrundbahn-müssen um 10^{1/2} Uhr Feierabend machen — eine große Ruhe wird sich auf die Stadt senken, keine Ruhe der Erholung, sondern die Grabruhe der wirtschaftlichen Ent-trunkung und der Verderbnis. Erzwungen sind die üblichen Maßnahmen durch die andauernden Streiks in der Rohlengebieten Schlesiens und Westfalens und die da-durch bedingte mangelnde Rohlenzufuhr.

Diesmal sind also die Berliner selbst nicht schuld an den Zuständen, wie man sonst wohl im Reiche mit schaden-frohem Lächeln feststellte, wenn wieder einmal ein Ri-sikorei aus dieser Stadt erscholl, der im Kriege sowohl wie nachher Lasten und Entbehrungen aufgebürdet wurden, wie kaum einem andern Orte im Reiche. Und diese Lasten, diese Entbehrungen, diese Aufspönerung durch Wucher und unerschwingliche Preise trugen nicht die vielbeschrifteten „böden“ Berliner, sondern die arbeitenden, fleißigen und anständigen Menschen, deren es hier genau so viel gibt wie anderswo.

Der berühmteste Mann der Welt.

Eine Umfrage bei englischen Schülern.

Kein Zweifel, der englische Lehrer, der an die Schüler die Umfrage richtete: „Wer ist gegenwärtig der berühmteste Mann der Welt?“ erwartete sicherlich, daß nur Persönlich-keiten der Entente genannt werden würden. Mit dieser Annahme hat er nicht ganz recht behalten. Einige Kinder blieben unparteiisch und suchten auch im Lager der Gegner Leute, die sie als die berühmtesten Männer der Welt zu bezeichnen den Mut fanden.

Der achtjährige Fred Reggins antwortete folgender-maßen: „Der berühmteste Mann, der zurzeit auf der Welt lebt, ist unweifelhaft Präsident Wilson. Ihm ist es zu verdanken, daß die Feinde niedergeschmettert wurden, und es wäre uns schlecht gegangen, wenn die Amerikaner nicht unter dem Oberbefehl des Präsidenten (!) ausgerückt wären. Meiner Meinung nach wird der amerikanische Präsident für das, was er an uns getan hat, viel zu wenig geehrt.“ Ein anderer Junge, Harry Thaites, stellte sich mit folgender Antwort ein: „Der berühmteste Mann der Welt ist meiner Meinung nach Lloyd George. Er hat die Truppen, als sie schon verzagen wollten, immer wieder und wieder zum Sturm geführt und ihnen Mut zueingeblasen. Er hat es sich nicht nehmen lassen, den Union Jack mit eigener Hand auf den feind-lichen Stellungen aufzupflanzen, und deshalb hat ihn auch unser König den Hosenbandorden verliehen, den Lloyd George mehr verdient als alle andern Feldherren der Welt.“ Lloyd George wird wohl sehr verwundert sein, wenn er hört, daß man von ihm erzählt,

er habe die deutschen Stellungen erstickt. Sehr nett an-wortete der achtjährige Percy Binns: „Der berühmteste Mann der Welt ist unbedingt der Erfinder der Tanks, wenn auch die Allgemeinheit seinen Namen nicht kennt. Er hat den Krieg zu unsern Gunsten entschieden, er ist schuld daran, daß die Feinde fliehen mußten, die diesen mächtigen Kriegsmaschinen nicht standhalten konnten und besieg wurden. Ich bin dafür, daß man die Namen in allen großen englischen, amerikanischen, französischen und belgischen Städten riesenstandbilder setzt, damit auch die, die nach uns kommen, an das, was er für uns ge-leistet hat, erinnert werden. Ich bin auch dafür, daß man diesem Menschen eine Staatspension in Höhe von zwei Millionen Pfund im Jahre aussetzt, damit er sich alles gönnen kann und in Ruhe ist, in Überfluß zu leben, wie er es ja durch seine Erfindung auch uns ermöglicht hat, sorglos und angenehm unter Dachein zu verbringen, was bei unsern Gegnern lange nicht der Fall sein wird.“

Nachdem einige Kinder abwechselnd den Feldmarschall Haig, Foch, Clemenceau und den König von Belgien als die berühmtesten Männer der Welt bezeichnet haben, läßt sich Dick Grainger folgendermaßen vernehmen: „Der berühmteste Mann der Welt hängt meiner Meinung nach nicht mit dem Kriege zusammen, und sein Name wurde auch in diesem Zusammenhang nicht genannt, es ist Thomas A. Edison, und ich bin überzeugt, daß es keinem meiner Mitschüler einfallen wird, ihn zu erwähnen, weil alle glauben, daß sie unbedingt einen Mendel nennen müssen, der ein Feldherr oder ein großer Staats-mann ist. Thomas A. Edison hat aber viel mehr für die Menschheit geleistet als alle jene, die in den letzten vier Jahren in aller Leute Mund waren, und deshalb gebührt ihm die Palme, wenn man die Frage aufwirft, wer gegenwärtig der berühmteste Mann der Welt sei.“

Ähnlicher Ansicht wie der kleine Dick ist sein Schul-genosse Maurice A. Denton, der der Überzeugung ist, daß Marconi gegenwärtig der berühmteste Mann der Welt, und daß niemand in Ruhe sei, ihm den Rang streitig zu machen. Das einzige, was er bedauert, ist, daß sein Ideal kein Engländer, wie er selbst, sondern ein Italiener ist. „Aber“, so fügt er hinzu, „es ist wenigstens sehr erfreulich, daß der Mann, der eine so gewaltige Erfindung gemacht hat, wenigstens nicht in einem uns feindlichen Lande geboren wurde.“ Vorher, dann der eben verstorbenen Theodor Roosevelt und der Paps haben Stimmen bekommen. Ein Junge, dessen Name geheimgehalten wird, hat kurz und bündig geschrieben: „The Kaiser“ (Wilhelm II.). Es ist sehr wahrscheinlich, daß er seine Rühmtheit ebenso mit einigen Stunden Raser zu lähen hatte wie jener Junge, der die kurze und bündige Antwort gab: „Sindenburg.“

Das neue Dienstbotenrecht.

Von einem praktischen Volkswirt.

Im Volksstaate Bayern ist jüngst eine neue Dienst-botenordnung erlassen worden, die das „Recht des Gesinde“ auf eine neue Grundlage stellt, nachdem durch den Auf-ruf der Volksbeauftragten des Reiches mit Gesetzeskraft die Ausherkraftsetzung aller Gesindeordnungen ausgesprochen worden war. Diese neue bayerische Gesindeordnung setzt fest: 1. Alle 14 Tage Sonntags 6 Stunden Ausgang, 2. in jeder Woche von einem frei zu wählenden Wochen-tage 4 Stunden Ausgang, 3. an jedem Tage 2^{1/2} Stunden Arbeits-aufe, 4. 9stündige Nachtruhe, 5. nach 1 jähriger Dienstzeit 8 Tage Urlaub. Für die Entlohnung ist ein Normal-Dienstvertrag ausgearbeitet worden, der die Loh-verhältnisse entsprechend der örtlichen Lage regelt.

Es wird nun allgemein angenommen, daß dieser bayerische Entwurf in allen Bundesstaaten zum Muster genommen und auf diese Weise ein neues einheitliches Dienstbotenrecht geschaffen werden soll. Das ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr beruht das Verhältnis zwischen Dienstgeber und Hausangestellten (in Stadt und Land) bis auf weiteres auf die Bestimmungen des bürgerlichen Ge-setzbuches, dessen Vorschriften über den Dienstvertrag mit der Aufhebung der Gesindeordnung in Kraft getreten sind. Jedermann, der Hausangestellte hält, wird gut tun, sich diese Vorschriften genau einzuprägen. Das B.G.B. sagt im § 621: Ist die Vergütung nach Tagen bemessen (Tage-lohn), so ist die Kündigung an jedem Tage für den folgenden Tag zulässig, ist die Vergütung nach Wochen bemessen (Wochenlohn), so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werk-tage der Woche zu erfolgen. Ist die Vergütung nach Monaten bemessen (Monatslohn), so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. § 622 be-stimmt: Ist die Vergütung nicht nach Zeitabschnitten be-messen, so kann das Dienstverhältnis jederzeit gekündigt werden; bei einem die Erwerbstätigkeit der Verpflichteten (der Dienstboten) vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nehmenden Dienstverhältnis ist jedoch eine Kündigungs-frist von zwei Wochen einzuhalten.

Über Arbeitszeit und Arbeitsleistung wird also im B. G. B. nichts gesagt. Natürlich ist es der Dienstber-schaft wie dem Dienstboten freigestellt, einen von den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches völlig un-abhängigen freien Dienstvertrag zu schließen. Dabei ist zu beachten, daß dieser Vertrag nicht Bestimmungen ent-halten darf, deren Rechtsgültigkeit durch Abschaffung der Gesindeordnungen hinfällig geworden ist. Die Aus-schließung oder die überlange Ausdehnung der Kündi-gungsfrist in solchen freien Verträge dürfte als gegen die guten Sitten verstoßend betrachtet werden. Es ist anzunehmen, daß das Dienstverhältnis für Hausangestellte meist durch freien Dienstvertrag geregelt wurde und daß die Praxis halb ergeben wird, welche Bestimmungen etwa für den Entwurf eines Normal-Arbeits-Vertrages für das Gesinde geeignet sind.

Wichtig ist, daß mit der Ausherkraftsetzung der Ge-sindeordnung das sogenannte Angehör (Mietkater) in Weg-fall kommt, daß der Dienstherr das Recht zur körperlichen Bückigung verliert und daß der körperliche Zwang zur Arbeit abgesehen ist, d. h. der Dienstherrschafft steht künftig nicht mehr das Recht zu, das seinen Dienst ver-sachende Gesinde mit polizeilicher Gewalt zur Arbeit zurückzuführen zu lassen. Es ist nun vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob der Achtstundentag auch für das Gesinde Geltung haben soll. Zurzeit ist die Frage noch nicht geklärt. Wenn man aber die neue bayerische Ge-sindebestimmung betrachtet, die neunstündige Nachtruhe und

innen!
Wahlrecht
Schneide!
aller Wahl-
en, den Sieg
diesmal
hen Ganzen.
die Liste des
Kühne.
S!
ira
ar =
usik :-:
sche.
nehmer
Bürgergarten.
gerinnen!
ber
reid?
eine
lle des
ies
er
mer!
ische
tenbank.
nung von
nen 5.
legsamtliche
gegeben
den.
stille
andler.
ren usw.
hrl und
iligung.
aunhof,
und
mp-
an

2 1/2 stündige Tagespause verlangt, so wird erstlich, daß 12 1/2 Arbeitsstunden übrig bleiben. Dabei wird offenbar in Betracht gezogen, daß jedwede Hausarbeit dem Verpflichteten öfter eine kleine Ruhepause gestattet, und daß ein großer Teil der Hausarbeit nicht wesentliche körperliche Anstrengungen erfordert. Es scheint sicher, daß der Achtstundentag für die Hauswirtschaft ebensowenig in Frage kommt wie für die Landwirtschaft. Für beide würde er ein schweres Hemmnis insbesondere während der Übergangswirtschaft bedeuten, die doppelt intensive Arbeit erfordert.

Rab und Fern.

○ Anschlag der Leipziger Frühjahrsmesse. Die diesjährige auf den 2. bis 8. März anberaumte Frühjahrs- und Herbstmesse wird ausnahmsweise eine Verschiebung erfahren, und zwar wird der Aufsichtsrat des Komitees eine solche bis Ende April beschließen. Die Hauptgründe dafür sind die Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten, die Unsicherheit in der Rohstoffbeschaffung und damit der Preisstellung und ähnliches.

○ Postanweisungen an deutsche Gefangene in amerikanischen Lagern auf französischem Boden sind zugelassen worden. Die Beträge sind in üblicher Weise der Oberpostkontrolle in Bern zur Weiterleitung zuzuleiten.

○ Keine Rückkehr der Kaiserin. Den holländischen Blättern wird aus Amerongen berichtet, dort sei nichts davon bekannt, daß die Kaiserin den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzufahren.

○ Die dritte französische Brücke über den Rhein. Aus Mainz wird berichtet: Von den französischen Generalen Mangin und Fanelle ist bei Bundenheim eine neue Brücke über den Rhein gebaut worden. An der Stelle ist der Fluß 600 Meter breit.

○ Banfnotenräuber. An der holländischen Grenze bei Emmerich wurde eine Anzahl Personen verhaftet. Sie wollten deutsche Banfnoten nach Belgien schmuggeln, wo die Noten von Spekulanten mit höherem Preisaufschlag eingekauft werden. Bei den Schmugglern wurde über eine Million Noten, die in den Kleibern eingeklebt waren, beschlagnahmt.

○ Eltern gegen Schülerräte. Fünfhundert Eltern der Schüler des Gymnasiums in Hagen waren zusammengekommen, um über die Bildung von Schülerräten und Schülerräten gehört zu werden. In einer Entschließung lebten die Eltern einstimmig solche Bildungen ab, die nur geeignet sind, das schon bedenklich genug ins Wanken geratene Autoritätsgefühl der Schüler noch mehr zu untergraben.

○ Belgische Verichtsbarkeit im besetzten Gebiet. Über Urteile des belgischen Militärgerichts Kleve wird folgendes berichtet: Vier Briefe, die von einem Kaufmann nach dem rechtsrheinischen Gebiet geschmuggelt werden sollten, fielen in die Hände der belgischen Behörden. Der Kaufmann erhielt einen Tag Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe. Rechtsrheinische Zeitungen waren trotz Verbotes durch die Post ausgetragener worden. Der Postdirektor als verantwortlicher Leiter des Postamts erhielt acht Tage Gefängnis und 5000 Frank Geldstrafe.

○ Ein Pferdefleisch-Attentat. woran die Spitze der Behörden, u. a. auch Oberpräsident von Batocki, „tätigen Anteil“ nahmen, hat man dieser Tage in Königsberg i. P. veranstaltet, um die fast allgemeine Scheu vor Pferdefleisch durch gutes Beispiel zu beheben. Gleichzeitig sind in allen Stadtteilen Königsbergs Verkaufsstellen für Pferdefleisch eröffnet worden.

○ Musikerstreik in Frankfurt a. M. Das Orchester des Opernhauses von Frankfurt a. M. stellte seine Tätigkeit ein. Die Orchestermitglieder begründeten ihren Entschluß der Öffentlichkeit gegenüber mit den wirtschaftlichen Nöten infolge schlechter Bezahlung und fordern das Publikum zur moralischen Unterstützung auf.

○ Diebstahl-Lugenzugung-Strungen. In der Industriestadt Damborn a. Vrh. wurde auf Beschluß des Arbeiterrates die Kaiser-Wilhelm-Straße in Karl-Viehnacht-Straße und die Kaiser-Friedrich-Straße in Rosa-Lugenzug-Straße umbenannt.

○ 700000 Mark beschlagnahmt. Durch zwei Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr wurden auf dem Bahnhof Alexanderplatz in Berlin drei Personen verhaftet, die in einem Koffer über 700000 Mark in Papiergeld bei sich führten. Sie waren von Kattowitz mit der Bahn eingetroffen. Es handelt sich um Geldschmuggler, die das Geld einem holländischen Agenten zur Ausfuhr übergeben wollten. Der holländische Agent ist gleichfalls verhaftet.

○ Der frühere Großherzog von Hessen und die Wahl. In der Wahlliste war der frühere Großherzog von Hessen wie folgt eingetragen: Ernst Ludwig von Hessen. Stand oder Beruf: Großherzog. Die Eintragung in die Wahlliste ist in dieser Weise auf Grund eigener Eintragung in das Anmeldeformular erfolgt. Ernst Ludwig von Brabant wird der Großherzog von der jetzigen Regierung genannt.

○ Gut eingedeckt. In Röhmbild in Thüringen wurden zwei Berliner Soldaten folgende gebrauchte Lebensmittel abgenommen: 336 Pfund Weizenmehl, 71 Pfund Schweinefleisch, 24 Pfund Rindfleisch, 32 Pfund Rindfleisch, 68 Eier und 10 1/2 Pfund Butter.

○ Das Lebewohl eines Kriegsgefangenen an Deutschland. In dem Anzeiger für Wäthen-Langerhütte verabschiedet sich ein Russe, der etwa 3 Jahre in Langerhütte als Gefangener zugebracht hat, mit Verabschiedung folgenden Abschiedsgrüßes: „Bei meiner Abreise in die Heimat sage ich allen Bekannten hiermit ein herzliches Lebewohl und danke allerseits für freundliche Aufnahme in der Zeit meines Hierseins. Alexander Unicowitsch.“

○ Prozeß gegen den Schweizer Munitionskönig. Wie man aus Bern meldet, hatte sich der sogenannte Munitionskönig Bloch in La Chaux de Fonds vor dem Bundesstrafgericht in Lausanne wegen Beamtenbestechung zu verantworten. Er ist beschuldigt, der Eidgenossenschaft elf Millionen Frank Steuern hinterzogen und einen eidgenössischen Steuerbeamten durch Geschenke bestochen zu haben. Bloch lieferte Munition für Frankreich. Sein Gewinn betrug im Jahre 1915 47 Millionen Frank, 1916 19 759 000 Frank, 1917 14 056 000 Frank; er stand mit der Firma Schneider u. Kreuzot in Paris in Geschäftsverbindung.

○ Starke Regengüsse in Ägypten. Ägypten wurde von starken Regengüssen heimgesucht. Die Umgebung Kairo's gleicht einem See. Hunderte arabischer Wohnurbinen zerstört.

○ Schweres Schiffunglück. Der von Marseille mit 600 Passagieren, zumeist Griechen, Serben und Russen, nach dem Vindus ausgelaufene französische Dampfer „Chalvot“ ist zwischen Skolla und Charibdis etwa 50 Seemeilen vom Rensithum von Messina auf eine Treibmine gelaufen und infolge der Explosion in weniger als vier Minuten gesunken. Es gelang dem englischen Dampfer „Coghston“, etwa 150 Passagiere und den Kommandanten der „Chalvot“ zu retten. 500 Personen sind ertrunken.

○ Festgenommene Fallschirmjäger. Die Kommando-Schleife Groß und der Zeichner Jakob Rotermund in Nürnberg hatten falsche Gutscheine über 20 Mark der Städte Nürnberg-Fürth hergestellt. Die Fallschirmjäger wurden verhaftet, ehe sie die Schweine in den Verkehr bringen konnten.

○ Französischer Sanitätszug verunglückt. In der Nähe des Bahnhofs von Nauvages stieß ein Sanitätszug mit einem Urauberzug zusammen. 18 Tote und 41 Verwundete wurden alsbald festgestellt, 10 Waggons sind zerstört.

○ Im Wahlkreis erschossen. In Briesen a. O. hat der Amtsrichter Dr. Steinberg den Medizinalrat Dr. Fritz Jahn, mit dem er in einen politischen Streit über die Wahl gekommen war, erschossen. Beide Herren hatten sich nach einer Wahlversammlung in ihrem Stammlokal getroffen. Es kam zwischen den beiden dort zu beständigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Amtsrichter den Revolver zog und auf den Kopf drei Schüsse abfeuerte. Dr. Jahn erlitt schwere Verletzungen, denen er nach kurzer Zeit erlag.

○ Notwohnungen in einer Kaserne. Der Chemnidier KSA verhandelt zurzeit mit dem Reichsministerium für Militärwesen über die unentgeltliche Überlassung der neuen Infanteriekaserne der 104er an die Stadt. Die Kaserne soll in Wohnungen für linderreiche Familien, Kriegsbeschädigte und Kriegsinvaliden umgebaut werden.

○ Fliegerlandung auf dem Dache. Der erste Flieger, dem es gelang, auf dem Dache eines Pariser Hauses zu landen und den hierfür ausgelegten Preis von 25 000 Frank zu gewinnen, ist Bedrines. Seine Landung erfolgte auf der Dachterrasse des Warenhauses Galeries Lafayette. Sein Apparat wurde dabei leicht beschädigt. Bedrines plant jetzt einen Flug um die Erde.

○ Der Erfinder des „Fletcherns“. Der Amerikaner Horace Fletcher ist, 70 Jahre alt, in Kopenhagen, wo er seit Jahren wohnte, gestorben. Er hatte ursprünglich eine Dachpappenfabrik in Wemport und benutzte das dort er-

wordene Vermögen, um für das von ihm ermordene Kaiserpaar zu werden. Fletcher trieb gründliches Rauchen als das beste Mittel, um die Nahrung so weit wie möglich auszunutzen und Magen- und Darmstauungen zu entlasten. Er hielt Vorträge über seine Lieblingslehre und schrieb Bücher darüber. Seine Methode ist unter dem Namen „Fletchern“ in der ganzen Welt bekannt geworden.

○ Röhler als Mittelstandswohnungen. Aus Prag wird berichtet: Alle nichttschechischen Mönche wird die tschecho-slowakische Regierung zur Auswanderung aufzuredern. Die zurückbleibenden tschechischen Mönche dürfen sich nur mit der Krankenpflege, nicht mehr aber mit dem Unterricht befassen. Die freierwerbenden Röhler will die tschechische Regierung zu Arbeiter- und Mittelstandswohnungen einrichten.

○ Ein englisches Sanitätskorps in Berlin. Ein englisches Sanitätskorps mit 55 Kraftwagen, ist aus Köln kommend, in Berlin eingetroffen. Das Korps steht unter dem Befehl des englischen Obersten Pollock. Seine Aufgabe ist, bei dem Abtransport der erkrankten englischen Kriegsgefangenen mitzuwirken. Das Korps wird den Generalkommandos zugeteilt und mit diesen gemeinsam wirken.

○ Der Jungverkehr nach Posen ist neuerdings wieder von den gegen Posen zu vorbringenden Voten gesperrt worden. Die Personenzüge, die bisher noch bis Posen verkehrten, werden nur noch bis Schwebus oder bis Benschen gefahren werden. Der Schnellzugverkehr nach Thorn-Breit-Litowit-Königsberg wird wie bisher ungeleitet. Die Züge auf dieser Strecke in beiden Richtungen, ebenso die Züge über Frankfurt-Oder nach Breslau-Oberschlesien verkehren bis zur Stunde regelmäßig. Der Personenverkehr ist stark zurückgegangen.

○ Verfehlungen eines Bürgermeisters. Eine 18jährige Kontoristin in Dortmund hatte sich als Angestellte des dortigen Kriegswirtschaftsamts Buttermarken beschafft und darauf große Mengen Butter bezogen. Vor der Strafammer gab sie zu ihrer Entschuldigung an, ihr Abteilungsleiter, Bürgermeister a. D. Kohl, und mehrere hundert andere Angestellten hätten es ebenso gemacht. Bürgermeister a. D. Kohl habe in jedem Vierteljahr mehrere hundert Fleisch- und Buttermarken von ihr verlangt und auch bekommen. Kohl lebte es ab, sich zu äußern. Er wurde seiner Stellung entzogen.

○ Der erste Farbige im britischen Ministerium. Mit der Ernennung des Indiers Sir Sinha zum Unterstaatssekretär für Indien ist das erstmalig ein Farbiger in das britische Kabinett aufgenommen worden.

○ Im Flugzeug von England nach Indien. Nach einer Neutermeldung ist ein Dandley Rage-Flugzeug, das kürzlich zu einem Flug von England nach Indien aufgestiegen war, glücklich in Indien angelangt. — Der amerikanische Luftschiffahrtsklub wird im nächsten Juni einen Flug in die Polargebiete und, wenn möglich, nach dem Nordpol veranstalten. Die Expedition soll Roosevelt-Expeditions-Expedition heißen.

○ Japanische Justiz. Gelegentlich der japanischen Intervention in Sibirien fielen neun Koreaner, die bei den Russen als Kulis dienten, in die Hände der Japaner. Sie wurden nach Seoul geschickt und vor Gericht gestellt. Das Gericht entschied, daß ihnen kein Vorwurf zu machen sei, da sie kein Gesetz übertreten haben, daß es aber doch besser sei, sie auf ein Jahr auf einjährige Inseln zu verbannen! Der Beschluß des Gerichts wurde ausgeführt.

○ Der Postverkehr mit dem Osthaf. Nach zuverlässigen Meldungen aus Stralsburg wird mit dem 1. Februar der postalische Verkehr zwischen dem Osthaf und Deutschland geöffnet werden. Eine ähnliche Maßnahme wird auch für die übrigen besetzten Teile erfolgen.

○ Lord Northcliffe schwer erkrankt. Nach Meldungen französischer Blätter ist Lord Northcliffe in Südfrankreich eingetroffen, wo er mehrere Monate zu seiner Erholung verbleiben muß. Der Lord ist, wie es heißt, infolge Überanstrengung, schwer erkrankt. Die Ärzte haben ihm jede Betätigung unterlag.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Lebensgefährlichen Kerker für einen Raubmörder. Aus Wien wird gemeldet: Der Staatsrat hat den Raubmörder Ema David, der bekanntlich seinen Vorkaufmann Kurt Franke zur Ermordung und Verbanung der Gesehlfachlerin der Baronin Vivante, Julia Carl, angelockt hatte, nunmehr zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Jöster.

31

Nach Sachse's Unterredung mit dem Rechtsanwalt Willroth war der erstere vollständig beruhigt nach Hause gekommen, und was er hier berichtet, hatte genügt, um die Rosen auf Juttas Wangen zurückzubringen und ihr Herz mit neuer Hoffnung zu erfüllen.

Nur wenige Tage noch, und die Frist bis zur Wiederannahme von Degow's Fall war abgelaufen. Der Gerichtshof versammelte sich von neuem, und trotz der bitteren Räte hatte sich wiederum eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden.

Die Gesichter des Minenbesizers und seines Reffen drückten schlecht verheilten Triumph aus, als der Vorarländer nicht erschien, und dessen Anwalt mit der größten Seelenruhe bekundete, daß sein Klient höchstwahrscheinlich entwichen sei. Weber Willroth's noch Sachse's Züge zeigten dabei eine Spur von Erregung, während die meisten in sichtbarer Unruhe mit einander flüsterten, und unter der Menge im Saal ein hörbares Gemurmel entstand.

Es blieb schließlich nichts übrig, als den Termin um eine weitere Woche zu verlagern. Vor Degow bis dahin nicht erschienen, so würde er als des Verbrechens geständig angesehen und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden. Zugleich würden Sachse und Willroth sich genötigt sehen, die großmütig übernommene Bürgschaftsumme von tausend Mark zu erlegen.

Als die sich als zwecklos erwiesene Versammlung auseinanderging, wurde es zu allgemeinem Verwundern bemerkt, daß die beiden Rechtsgenossen nicht mehr mit einander zu beraten hatten, sondern so ruhig und gleichgültig auseinander gingen, als sei nichts vorgefallen.

Die Arbeiter und Dorfbewohner waren doch aufs äußerste aberschrocken. Bis zum letzten Moment hatte man an eine Aufklärung des rätselhaften Falles, an Degow's Wiedererfinden geglaubt. Nun keins von beiden erfolgt war, hatten selbst Franzens wärmste Anhänger Mühe, ihn zu verteidigen und die eigene günstige Ansicht über ihn festzuhalten. Die meisten bebauerten tief, sich in ihrem Vertrauen getäuscht zu sehen, und die öffentliche Meinung hat ihn in Acht und Bann.

Albert Diedrich war seinerseits fest überzeugt, daß Franz zu den Dieben in Beziehung stand. Er frohlockte auf äußerste über seines Widersachers Niederlage und glaubte, da sein Neffe seiner Ansicht nach nicht in Betracht kam, nun in Bezug auf die schöne Jutta gewonnenes Spiel zu haben.

Die gemachte Erfahrung war für sie nicht allein schmerzhaft, sondern im höchsten Grade demütigend. Ihr Liebhaber hatte sie getäuscht, hatte Schmach und Schande über sie gebracht. Würde — mußte sie nun nicht mit tausend Freunden die Gelegenheit begrüssen, dem Unwürdigen ihre Berachtung zu zeigen und sich selbst eine Stellung zu schaffen, die sie plötzlich aus dieser Erniedrigung über den ganzen sie umgebenden Kreis erhob? Mühte nicht ihr verständiger Vater alles aufzubieten, um sie nach dieser Richtung hin zu beeinflussen?

Diedrich war zu weit gegangen, um seinen Wünschen entgegen zu können. Seine Liebe für das Mädchen war mit den Hindernissen nur gemachsen und hatte sich zu einer Leidenschaft gesteigert, welche glaubte, alle Schwierigkeiten überwinden zu können.

Am Abend des Tages, an welchem Franz Degow's Bescheidungen bekannt wurde, ging Albert Diedrich auf dem schneebedeckten Wege nach Sachse's Häuschen. Er fand den Unterrichtler zu Hause, aber allein.

„Nun, Sachse, was haltet Ihr jetzt von Eurem Schilling?“ begann er, während er seine frierenden Hände am Ofen zu erwärmen suchte.

„Was soll ich von ihm halten?“ war die ausweichende Antwort.

Der Besucher lachte höhnlich. „Da bleibt nichts zu wollen,“ sagte er händereidend. „Er ist schuldig. Seht zu, ob Ihr ihn noch verteidigen könnt.“

„Wird mir wohl schwer fallen, Herr Diedrich,“ meinte Sachse gelassen.

„Vielleicht sah er keine Aussicht, seine Unschuld beweisen zu können. Und wenn er es nicht tun konnte, dann hätte er nach meiner Ansicht ins Gefängnis wandern müssen. Jedenfalls recht hübsch von ihm, Euch und seinen vorzüglichen Verteidiger mit den tausend Mark reinzuliegen.“

Sachse zuckte die Achseln, ließ sich aber trotz aller Bemerkungen des anderen nicht bewegen, eine Ansicht zu äußern.

„Ich bedauere die ganze Geschichte mehr um Eure, als um meinethwillen, sagte dieser schließlich. „Wie verträgt es Eure Tochter? Schwer genug, sollte ich meinen!“

„Ja, sie hielt viel von ihm. Aber,“ fügte Sachse mit schlaue Berechnung hinzu, „sie wird sich zu trösten wissen.“

„Habt uns das hoffen!“ rief Diedrich enthusiastisch. „Natürlich, sie würde sich ja einfach lächerlich machen, wenn sie ihm jetzt noch nachtrauern wollte. Das Mädchen ist stolz.“

„Und ob!“ meinte Sachse, setzte aber dann kopfschüttelnd hinzu: „Aber wer kann sich auf ein Frauenzimmer verlassen? Sie überlassen einen stets.“

„Ja, wankelmütig sind sie,“ bestätigte der Minenbesitzer nachdenklich. „Unserem ist anders. Haben wir unseren Sinn auf ein bestimmtes Ziel gerichtet, so gehen wir alles daran, um das zu erreichen. Ein echter Mann wenigstens soll so sein, und ich bin einer von diesen. Sie erinnern sich meiner früher ausgesprochenen Wünsche in Bezug auf Ihre Tochter? Ich halte vollständig daran fest. Nun, was sagt Ihr dazu? Nicht jedem Mädchen wird unmittelbar auf eine empfindliche Vermittlung eine so glänzende Aussicht geboten.“

Mit triumphierender Miene blickte er dem Vater seiner Erwählten ins Gesicht, offenbar unter den Umständen einen überschwänglichen Dank erwartend. In seiner größten Enttäuschung entgegnete dieser jedoch mit völlig unbewegter Miene: „Ich kann nur wiederholen, was ich früher gesagt habe. Vere Dieblich. Meine Tochter hat absolut freie Hand, nach ihrem Gefallen zu wählen. Wenn Sie glauben, daß sie nach der Wendung der Dinge ihren Sinn geändert hat oder ändern wird, so müssen Sie sie noch einmal fragen.“

„Das werde ich so bald als möglich tun. Aber, was ich sonst noch sagen wollte, wenn habt Ihr für Degow's Posten in Aussicht genommen?“

„Bis jetzt noch keinen!“

„Aber es muß doch wieder jemand angestellt werden. Was meint Ihr zu Neumann?“

„Jakob Neumann?“

237.20

„Jawohl. Ich meine, er ist ein erfahrener, tüchtiger Mensch, schon seit Jahren häufig im Verrechnungsbüro gearbeitet hat.“

„Jawohl. Er arbeitete schon unter Herrn Wiedemann.“



für die
Fuchsh

Ergebnis
Anzeigenpr

Nr. 13.

Auf die T

30. Januar bis

Auf die ra

Auf die g

Auf die g

Gleichzeitig

250 gr Zucker

zur Ausgabe.

Abgabe an

Gefäße sind m

S r i m

Der Beg

T

Alle ent

truppen wer

bedürftige Son

fort an das

der Fläche m

zur Si

Wittwoch,

1. Einweilun

2. Dankschre

anstalt.

3. Ankauf d

4. Wahl d

Schätzung

Gesamt

liche Wo

5. Aenderun

6. Aufstellun

7. Ausführu

Sta

Bei der a

Stadtoverordn

war eine Sti

gültige Stim

auf d

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem

Als gem